

Erläuterungen zur Finanzplanung 2009 bis 2013

Die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben der Jahre 2011 bis 2013 basieren auf Schätzungen des Amtes für Finanzen, Zuarbeiten von Fachämtern und den Orientierungsdaten für die Finanzplanung der Kommunen im Freistaat Sachsen des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen (SMF) vom November 2009.

Die Orientierungsdaten des SMF basieren auf der Steuerschätzung vom Mai 2009 und dem sechsten Änderungsgesetzes zum SächsFAG. Sie stehen unter dem Vorbehalt der November-Steuerschätzung.

Grundlage für die Finanzplanung ist weiterhin das Haushaltssicherungskonzept sowie die 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes – Beschlüsse des Stadtrates vom 24.02.2005 und 15.02.2007 sowie weitere Stadtratsbeschlüsse.

Insgesamt ist die Finanzplanung geprägt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die sächsischen Kommunen stehen mittelfristig vor der schwersten Krise der Kommunalfinanzen.

Ein Ausgleich des Haushaltes ist nur bis zum Jahr 2010 möglich. Vorhandene Rücklagemittel reichen bereits im Jahr 2011 nicht mehr zum Ausgleich des Haushaltes aus. Eine Fortführung der Haushaltskonsolidierung ist unabdingbar.

Verwaltungshaushalt

E i n n a h m e n

Gruppierung Bezeichnung

000, 001	Grundsteuer	Bei den zu erwartenden Einnahmen wurden im Finanzplanungszeitraum 2010 bis 2013 die derzeit geltenden Hebesätze in Höhe von 300 v. H. bei der Grundsteuer A und 450 v. H. bei der Grundsteuer B zugrunde gelegt. An Anlehnung an die Orientierungsdaten für die Finanzplanung wurde für die Jahre 2011 bis 2013 eine jährliche Steigerung von 1 % unterstellt.
003	Gewerbsteuer	Die geplanten Einnahmen 2010 basieren auf Schätzung des Amtes für Finanzen unter Beachtung der Entwicklung 2009. Die Erhöhung der Folgejahre erfolgte auf der Grundlage der Orientierungswerte. Es wurde auch hier der bisherige Hebesatz von 450 v. H. unterstellt.
010, 012	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer	Grundlage für den Haushaltsansatz 2010 und die Folgejahre sind die Orientierungswerte des SMI für die Finanzplanung . Insbesondere beim Einkommensteueranteil muss mit erheblich weniger Einnahmen als in den Vorjahren gerechnet werden.
041	allgemeine Schlüsselzuweisungen	Grundlage für den Haushaltsansatz 2010 sind hier die Ermittlung gemeindescharfer Orientierungsdaten des SSG in Zusammenarbeit mit der TU Dresden. Die Planung der Folgejahre erfolgte durch eigene

Berechnungen des Amtes für Finanzen anhand der Orientierungswerte des SMF. Bereits mit der Haushaltsplanung 2009 wurde darauf hingewiesen, dass die Schlüsselzuweisungen aufgrund der hohen Gewerbesteuereinnahmen 2008 bedeutend geringer ausfallen werden. Geschätzt wurden für 2010 35 Mio €. Tatsächlich kann die Stadt Zwickau jedoch nur mit Einnahmen in Höhe von 28,1 Mio € rechnen. Für die Folgejahre werden nachstehende Einnahmen erwartet, die aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ebenfalls weit unter den bisherigen Planungen liegen:

2011	22,7 Mio €
2012	24,7 Mio €
2013	25,9 Mio €

- | | | |
|------------|---|---|
| 05, 06 | sonstige allgemeine Zuweisungen | <p>Hierbei handelt es sich um den Ausgleich für übertragene Aufgaben (Mehrbelastungsausgleich). In den Jahren 2009 und 2010 erhält die Stadt Zwickau eine Vorsorgepauschale. Dafür wurden 2009 3.460 T€ veranschlagt. Die Stadt Zwickau erhält hier aber nur einen Betrag in Höhe von 2.309 T€. Für 2010 werden 449 T€ erwartet.</p> <p>Des Weiteren erhält die Stadt Zwickau ab 2009 eine Bedarfszuweisung für Schlüsselzuweisungsverluste durch den Verlust der Kreisfreiheit. Diese beträgt 2009 bis 2011 273 T€ jährlich und 2012 239 T€.</p> |
| 10, 11, 12 | Gebühren und ähnliche Entgelte | <p>Im Jahr 2009 sind noch einmalig Abfallgebühren in Höhe von 780 T€ für erbrachte Leistungen 2008 veranschlagt, die ab dem Jahr 2009 entfallen.</p> <p>Bei den Gebühren und Entgelte wurde eine Steigerung von jährlich 2 % in den Jahren 2011 bis 2013 angenommen.</p> |
| 13, 14, 15 | Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, sonst. Verwaltungs- und Betriebseinnahmen | <p>Bei den Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten usw. wurde von einer Steigerung der Einnahmen von jährlich 2 % ausgegangen.</p> <p>In 2009 sind einmalig Einnahmen von der GGZ aus restitutionsbehafteten Objekten in Höhe von 900 T€ enthalten, die in 2010 wieder entfallen.</p> |

160 – 163 Erstattung von Bund, Land, Gemeinden, Zweckverbänden	<p>In 2010 wurden nochmals Betriebskostenerstattungen vom Landkreis für die Berufsschulen veranschlagt, da noch unklar ist, wann die Berufsschulen, wie in der Vermögensauseinandersetzung vorgesehen, an den Landkreis übergehen.</p> <p>In dieser Position sind u. a. weiterhin enthalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> . Ausgleich für das der ARGE zur Verfügung gestellte Personal, . Betriebskostenerstattungen des Landkreis für die Nutzung des Verwaltungszentrums . Erstattungen von Kosten der Leitstelle und Rettungsdienst durch den Rettungszweckverband . Erstattungen Elternbeiträge Kita´s von anderen Gemeinden
171 Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	<p>Bei den Zuweisungen und Zuschüssen vom Land sind in 2009 und 2010 775 T€ Zuweisungen für den Ausbildungsverkehr enthalten, die in gleicher Höhe an den VMS weitergereicht werden. Ab 2012 wird hier eine andere Verfahrenweise angestrebt.</p> <p>Bei dieser Position wurde mit einer jährlichen Steigerung von 2 % gerechnet.</p>
170, 172 – 178 Zuweisungen und Zuschüsse vom übrigen Bereich	<p>Ab dem Jahr 2009 wurden jährliche Einnahmen vom Landkreis zur Mitfinanzierung des ÖPNV unterstellt. Ein entsprechender Vertragsentwurf sieht für 2010 einen Ausgleich in Höhe von 2,9 Mio € vor, der dann jährlich um ca. 200 T€ abgeschmolzen wird. Die Entscheidung zur Finanzierung des ÖPNV wird letztendlich im Rahmen der Vermögensauseinandersetzung von der Landesdirektion Chemnitz getroffen werden.</p>
20 – 26 sonstige Finanzeinnahmen	<p>In diesen Gruppierungen sind vor allem Buß- und Verwargelder, Konzessionsabgaben sowie Kostenersätze enthalten.</p> <p>Infolge der derzeit guten Liquidität des Haushaltes kann hier mit erheblichen Einnahmen aus Termin- und Festgeldanlagen gerechnet werden. Die Festgeldanlagen werden allerdings im Finanzplanungszeitraum drastisch sinken, sodass die Einnahmen hier rückläufig sein werden. Eine Gewinnausschüttung der Sparkasse ist in den nächsten Jahren nicht gesichert und wurde lediglich für 2010 mit 600 T€ berücksichtigt.</p>
28 Zuführung vom Vermögenshaushalt	<p>Der Verwaltungshaushalt 2009 enthält eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 8.676 T€, davon 8.576 T€ zur Deckung des Fehlbetrages und 100 T€ zur Finanzierung des Zuschusses an die Theater Plauen-Zwickau gGmbH.</p> <p>Im Jahr 2010 beträgt die Zuführung 27.125 T€. Diese Zuführung ist zum Ausgleich des Verwaltungshaus-</p>

haltes erforderlich, da im Jahr 2010 aufgrund der hohen Steuerkraft in 2008 nur mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von 28,1 Mio € gerechnet werden kann. In den Jahren ab 2011 sind aufgrund der drastisch sinkenden Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ebenfalls erhebliche Fehlbeträge zu verzeichnen. Der Fehlbetrag in 2011 kann nur noch teilweise mit vorhandenen Rücklagemitteln gedeckt werden. Es ist kein Haushaltshaushausgleich ab 2011 mehr möglich. Aus der Auflösung der Vorsorgepauschale steht jährlich von 2011 bis 2015 ein Betrag in Höhe von 552 T€ zur Verfügung.

Ausgaben

40 – 47	Personalausgaben	Die Personalkostenplanung basiert auf dem Personalentwicklungskonzept. Die geplanten Personalkosten bis 2013 liegen jährlich zwischen 51 und 52 Mio €.
50 – 668	sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	Im Jahr 2010 wurden noch die Aufwendungen für die Berufsschulen geplant, da der Übergangszeitpunkt zum Landkreis noch nicht feststeht. Diese Aufwendungen entfallen ab dem Jahr 2011. Ab 2011 wurden die jährlichen Aufwendungen um jeweils 2 % gesteigert.
70, 71	Zuweisungen und Zuschüsse	Die Berechnung der Zuweisungen und Zuschüsse an städtische Beteiligungen erfolgte auf der Grundlage des HSK bzw. abweichender Stadtratsbeschlüsse (Theater Plauen-Zwickau gGmbH). In dieser Gruppierung ist auch der Zuschuss an die BFZ zur Finanzierung des Kombi-Lohn-Modells enthalten, der bis 2013 schrittweise ausläuft. Bei den Zuweisungen und Zuschüssen an kommunale Sondervermögen ist ab 2010 kein Zuschusses an die Stadtwerke Zwickau Holding GmbH mehr enthalten. Bei den Zuweisungen und Zuschüssen an übrige Bereiche sind u. a. die Zuweisungen an Kindertagesstätten enthalten, hier wurde eine jährliche Steigerung von 2 % angenommen.
73 – 79	soziale Leistungen	Hierin enthalten ist u. a. der Essengeldzuschuss für „Hartz IV Kinder“ sowie das Begrüßungsgeld für Neugeborene.
80	Zinsausgaben	Da keine neuen Kreditaufnahmen vorgesehen sind, werden sich die Zinsausgaben jährlich um ca. 350 T€ verringern. Kassenkreditzinsen wurden vorerst nicht geplant.
81	Gewerbsteuerumlage	Die Gewerbesteuerumlage beträgt 2010 und Folgejahre 35 v. H. Entsprechend der erwarteten Gewerbesteuer-einnahmen wurde in den Jahren 2010 bis 2013 auch

die Gewerbesteuerumlage geplant.

- | | | |
|--------|------------------------------------|--|
| 82, 83 | allgemeine Zuweisungen und Umlagen | In diesen Gruppierungen ist die Umlage an den Kulturraum und die Kreisumlage enthalten. Die Umlagen sind steuerkraftabhängig. Aufgrund der verminderten Schlüsselzuweisungen und den wesentlich geringeren Steuereinnahmen vermindern sich auch die Umlagen. |
| 86 | Zuführung zum Vermögenshaushalt | Die Zuführung zum Vermögenshaushalt wurde in Höhe der Pflichtzuführung (Kredittilgung, kreditähnliche Rechtsgeschäfte) veranschlagt. Des Weiteren wurde die Zuführung an die allgemeine Rücklage zur Sicherung der Bürgschaft für das Schloss Osterstein berücksichtigt. |

Der Verwaltungshaushalt ist ab dem Jahr 2011 unausgeglichen. Noch vorhandene Rücklagemittel wurden 2011 noch nicht eingerechnet. Es muss jedoch bereits jetzt eingeschätzt werden, dass diese bereits zur Deckung des Fehlbetrages 2011 nicht ausreichend sind.

Vermögenshaushalt

E i n n a h m e n

- | | | |
|------------|---|--|
| 30 | Zuführung vom Verwaltungshaushalt | Siehe Zuführung zum Vermögenshaushalt Gruppe 86. |
| 31 | Entnahme aus Rücklagen | Im Finanzplanungszeitraum ist in 2010 eine Rücklagenentnahme zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt in Höhe von 22.025 T€ sowie zur Finanzierung von Maßnahmen des Vermögenshaushaltes (Rathaus und Anschubfinanzierung) in Höhe von 3.248 T€ vorgesehen.
Die Entnahme aus der Sonderrücklage beinhaltet die schrittweise Auflösung der in 2009 und 2010 anzulegenden Vorsorgerücklage. |
| 32, 33, 34 | Rückflüsse von Darlehen und Kapitaleinlagen, Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und Sachen des Anlagevermögens | Wesentliche Einnahmepositionen in diesen Gruppierungen sind die Grundstückserlöse sowie Einnahmen aus dem Verkauf von Beteiligungen. In den Jahren 2010 bis 2012 sind Einnahmen von der GGZ aus dem Verkauf der 3.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten zur Finanzierung des Neubaus der Schwimmhalle sowie in den Jahren 2010 und 2011 jeweils 1.095 T€ Aus dem Verkauf von Anteilen der SSH an das HBK enthalten. |
| 360, 361 | Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen von Bund | Ausgehend von den im Investitionsprogramm enthaltenen Maßnahmen wurden die möglichen Zuweisungen von Bund und Land ermittelt. Für einige Maßnahmen liegen bereits Bewilligungsbescheide vor. Die investiven |

und Land

Schlüsselzuweisungen wurden im Jahr 2010 mit 4.539 T€ veranschlagt, dies sind ca. 1,2 Mio € weniger als mit der Planung 2009 für 2010 erwartet wurden. Diese Tendenz setzt sich aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise auch in den nächsten Jahren fort.

Ausgaben

91 Zuführung an Rücklagen In den Jahren 2009 bis 2012 sind Rücklagenzuführungen zur Sicherung der Bürgschaft Schloss Osterstein und bis 2009 zum Depot Verwaltungszentrum vorgesehen. Des Weiteren sind in den Jahren 2009 und 2010 Zuführungen zur Sonderrücklage zur Bildung eines Vorsorgefonds vorgesehen.

930 Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen

932, 933 Erwerb und Leasing von Grundstücken

935, 936 Erwerb und Leasing von beweglichen Sachen des Anlagevermögens

94, 95, 96 Baumaßnahmen

985 – 988 Zuweisungen und Zuschüsse an übrige Bereiche

Die Ausgaben dieser Gruppierungen sind im Investitionsprogramm einzeln dargestellt. Der tatsächliche Investitionsbedarf ist wesentlich höher, musste jedoch dem zu erwartenden Einnahmenvolumen angepasst werden.